



29. Oktober 2025

Ergebnisbericht des Vernehmlassungsverfahrens

Änderung der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen (Beschleunigung beim Aus- und Umbau der Stromnetze)



Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
1.1.	Ausgangslage.....	3
1.2.	Ablauf und Adressaten	3
1.3.	Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden	3
2.	Ergebnisse der Vernehmlassung	4
2.1.	Allgemeines und Forderungen zur Vorlage als Ganzes	4
2.2.	Einleitung des Sachplanverfahrens (Art. 1e VE-VPeA)	4
2.2.1	Vorgeschlagene Änderungen zu Sachplanverfahren im Allgemeinen.....	4
2.2.2	Erforderliche Unterlagen (Art. 1e Abs. 2 VE-VPeA).....	4
2.2.3	Verbindliche Terminplanung BFE (Art. 1e Abs. 2 ^{bis} VE-VPeA)	4
2.2.4	Einsitz in Begleitgruppe (Art. 1e Abs. 4 VE-VPeA)	5
2.2.5	Rolle des BFE (Art. 1e Abs. 4 ^{bis} VE-VPeA)	5
2.3.	Festsetzung des Planungsgebiets (Art. 1f VE-VPeA) und des Planungskorridors (Art. 1g VE-VPeA)	5
2.4.	Behandlungsfristen Plangenehmigungsgesuch BFE (Art. 8a VE-VPeA)	5
2.5.	Ausnahmen Plangenehmigungspflicht (Art. 9a VE-VPeA)	5
2.5.1	Im Allgemeinen.....	5
2.5.2	Die Erhöhung der Betriebsspannung auf maximal 220 kV sowie das Versetzen oder Anpassen der Ausleger an bestehenden Masten (Art. 9a Abs. 3 Bst. f VE-VPeA)	6
2.5.3	Ersatz einzelner Masten ausserhalb von Objekten nach Art. 5 NHG durch Masten ähnlicher Dimensionierung (Art. 9a Abs. 3 Bst. g VE-VPeA).....	6
2.5.4	Weitere Ergänzungen von Art. 9a VE-VPeA.....	6
2.6.	Weitere Forderungen	7
2.6.1	Einbezug der Fachbehörden (Vereinfachtes Verfahren)	7
2.6.2	Nachträgliche Genehmigung.....	7
2.6.3	Bereitstellung von Informationen zu Schutzgebieten.....	7
2.6.4	Kompetenzen und Aufgaben des ESTI.....	7
2.6.5	Mitwirkung mitinteressierter Verwaltungseinheiten	7
3.	Abkürzungsverzeichnis	7
4.	Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden.....	8

1. Einleitung

1.1. Ausgangslage

Der Bundesrat hat am 6. Dezember 2024 ein Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen vom 2. Februar 2000 (VPeA; SR 734.25) eröffnet. Gegenstand der Vernehmlassungsvorlage sind Anpassungen der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen zwecks Beschleunigung des Aus- und Umbaus der Stromnetze. Mit den Änderungen in der VPeA sollen die Verfahren zum Aus- und Umbau der Stromnetze vereinfacht und somit beschleunigt werden.

1.2. Ablauf und Adressaten

Der Bundesrat eröffnete das Vernehmlassungsverfahren am 6. Dezember 2024. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 24. März 2025. Es wurden 272 Akteurinnen und Akteure eingeladen, Stellungnahmen abzugeben. Die Vernehmlassungsunterlagen und Stellungnahmen können unter www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2024 > UVEK bezogen werden.

1.3. Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden

Im Rahmen der Vernehmlassung sind insgesamt 60 Stellungnahmen eingegangen.

Teilnehmende nach Kategorie	Eingegangene Stellungnahmen
Kantone	25
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	3
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	2
Kantonale Konferenzen	2
Ausserparlamentarische Kommissionen	3
Elektrizitätswirtschaft	12
Industrie- und Dienstleistungswirtschaft	4
Verkehrswirtschaft	2
Umwelt- und Landschaftsschutzorganisationen	5
Organisationen der Bereiche Cleantech, erneuerbare Energien und Energieeffizienz	2
Total	60

2. Ergebnisse der Vernehmlassung

Der vorliegende Bericht fasst die eingegangenen Stellungnahmen zusammen, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben¹.

2.1. Allgemeines und Forderungen zur Vorlage als Ganzes

AR, BL, BS, TI, GPS, RKGK, EiCom, Swissgrid, scienceindustries, FRS, auto-schweiz und Pro Natura stimmen der Vorlage grundsätzlich zu.

Gleichzeitig begrüßen zwar zahlreiche Akteure die Vorlage, fordern aber ergänzende Massnahmen, insbesondere für das Verteilnetz (EnDK, BPUK, Mehrheit der Kantone, SVP, FDP, economiesuisse, SGV, DSV, Axpo, Alpiq, CKW, RegioGrid, EWZ, BKW, VSE, Hitachi Energy, Swisspower, FER, CP, svu/asep, aeesuisse, Powerloop).

Axpo und CKW begrüßen zwar die Vorlage, führen aber aus, dass die Bestimmungen weder wesentliche Änderungen bewirken noch zu der angestrebten Netzbeschleunigung führen.

Economiesuisse, scienceindustries und Swissmem unterstützen zwar die Vorlage, fordern aber, dass konkret sichergestellt wird, dass die fortschreitende Transformation der Energiewirtschaft bei der stromintensiven Industrie nicht zu einer weiteren Erhöhung der Netznutzungskosten führt, welche die Schweizer Produktionsstandorte gefährdet.

Die FDP fordert, dass die Verordnung praxisgerechter und weniger restriktiv ausgestaltet werden soll.

2.2. Einleitung des Sachplanverfahrens (Art. 1e VE-VPeA)

2.2.1 Vorgeschlagene Änderungen zu Sachplanverfahren im Allgemeinen

Im Allgemeinen begrüßen SG, SO und BirdLife Schweiz die vorgeschlagenen Änderungen der VPeA, die es erlauben sollen, die Rahmenfrist für den Abschluss des Sachplanverfahrens einzuhalten.

Für zahlreiche Akteure gehen die vorgeschlagenen Änderungen zu den Artikeln 1e – 1g Ve-VPeA insgesamt in die richtige Richtung und erscheinen als zielführend. Es dürfe indes keine Schwächung der Rolle der Begleitgruppe resultieren (LU, UR, OW, ZG, FR, AI, SG, JU, GE, NE, GL, GR, VS, VD, SO, ENDK, BPUK, DSV, VSE, RegioGrid, Alpiq, FER, CP, SL).

2.2.2 Erforderliche Unterlagen (Art. 1e Abs. 2 VE-VPeA)

AG fordert, dass im Antrag an das Bundesamt für Energie (BFE) die Ermittlung der konkreten berührten Interessen zu dokumentieren ist und die projektseitig vorgesehenen Massnahmen zur Verminderung unerwünschter Auswirkungen aufgezeigt werden.

2.2.3 Verbindliche Terminplanung BFE (Art. 1e Abs. 2^{bis} VE-VPeA)

VSE, Swissgrid CKW, RegioGrid, Swisspower, Hitachi Energy, DSV, Alpiq und Powerloop beantragen eine Ergänzung von Art. 1e Abs. 2^{bis}. Es soll festgehalten werden, dass die Mitglieder der Begleitgruppe sowie alle weiteren betroffenen Fachstellen von Bund und Kantonen die erforderlichen Massnahmen zu treffen haben, um die Terminplanung einzuhalten.

¹ Für die Überarbeitung der Vernehmlassungsvorlage wurden alle Stellungnahmen gemäss Artikel 8 des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren (VIG; SR 172.061) zur Kenntnis genommen, gewichtet und ausgewertet

AG und VS schlagen vor, dass das BFE die Terminplanung in Zusammenarbeit mit der Begleitgruppe erstellen soll.

2.2.4 Einsitz in Begleitgruppe (Art. 1e Abs. 4 VE-VPeA)

TI lehnt die Änderung von Art. 1e Abs. 4 Einleitungssatz ab. Nach dem neuen Wortlaut sind die Mitglieder der Begleitgruppe nicht mehr mit einer Stimme vertreten.

GL, VD und svu-asep beantragen, dass zwei oder mehr Umweltschutzorganisationen in der Begleitgruppe vertreten sein sollten.

2.2.5 Rolle des BFE (Art. 1e Abs. 4^{bis} VE-VPeA)

Die Klarstellung, dass das BFE den Begleitgruppenprozess führt, wird von mehreren Akteuren begrüsst (VSE, Swissgrid, Regiogrid, Alpiq, DSV).

2.3. Festsetzung des Planungsgebiets (Art. 1f VE-VPeA) und des Planungskorridors (Art. 1g VE-VPeA)

VSE, Swissgrid, CKW, Regiogrid, Hitachi Energy, DSV, Alpiq, Swisspower, Powerloop fordern eine redaktionelle Klarstellung in Art. 1f Abs. 2 und 1g Abs. 3. Es soll statuiert werden, dass die Ämterkonsultation unmittelbar nach Erstellung des Entwurfs des Objektblatts erfolgt. Zudem sollen die Art. 1f Abs. 3 und 3^{bis} und 1g Abs. 4 und 5 gestrichen werden.

2.4. Behandlungsfristen Plangenehmigungsgesuch BFE (Art. 8a VE-VPeA)

Swissgrid begrüsst die Kürzung der Behandlungsfrist des BFE auf sechs statt acht Monate. Auch TI, Axpo und CKW begrüssen die Kürzung der Frist, aber erachten das Beschleunigungspotential von Fristen als fraglich.

VSE, Swissgrid, EWZ, CKW, Regiogrid, DSV, Hitachi Energy, Alpiq, Powerloop und Swisspower schlagen vor, dass Verzögerungen von Handlungen seitens der Behörden, auf welche die Gesuchstellerin keinerlei Einfluss hat, nicht zu einem Stillstand der Fristen führen können (Anpassung von Art. 8 Abs. 2 und Art. 8a Abs. 2 VPeA).

2.5. Ausnahmen Plangenehmigungspflicht (Art. 9a VE-VPeA)

2.5.1 Im Allgemeinen

LU, UR, OW, ZG, FR, AI, SG, JU, GE, NE, GL, GR, VS, VD, SO, EnDK und BPUK unterstützen die Stossrichtung der beiden in Art. 9a Abs. 3 lit. f und g VE-VPeA genannten Ausnahmen.

NE, EnDK, BPUK, economiesuisse, VSE, Swissgrid, Alpiq, BKW, EWZ, Axpo, CKW, Regiogrid, DSV, Swisspower, Hitachi Energy, aeesuisse und Powerloop fordern eine Präzisierung von Art. 9a Abs. 1 VE-VPeA: «keine besonderen und dauerhafte Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind».

Um den Landschaftsschutz Rechnung zu tragen und damit der Gesetzestext auch eindeutig mit den klaren Aussagen im Erläuterungsbericht übereinstimmt, verlangen die Kantone ZH und SO, dass die Auswirkungen auf den Raum ebenfalls in die Verordnung aufgenommen werden sollten.

WaldSchweiz weist darauf hin, dass weiterhin ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen ist, in welchem die temporären Rodungsbewilligungen zu erteilen sind, wenn es für den Ersatz bestehender Masten Erschliessungen im Waldareal braucht (Zufahrtswege, Installationsplatz usw.).

Economiesuisse, VSE, BKW, EWZ, Axpo, CKW, DSV, Regiogrid, Swisspower, Hitachi Energy, Alpiq und Powerloop fordern eine Ergänzung von Art. 9a Abs. 3 Einleitungssatz VE-VPeA, wonach es sich bei der Liste der «technischen Änderungen» nicht mehr um eine abschliessende Aufzählung von Tatbeständen handeln soll.

2.5.2 Die Erhöhung der Betriebsspannung auf maximal 220 kV sowie das Versetzen oder Anpassen der Ausleger an bestehenden Masten (Art. 9a Abs. 3 Bst. f VE-VPeA)

Swissgrid begrüsst, dass das Versetzen oder Anpassen der Ausleger an bestehenden Masten als technische Änderungen angesehen wird.

Economiesuisse, VSE, BE, BKW, EWZ, Axpo, CKW, DSV, Regiogrid, Swisspower, Hitachi Energy, Alpiq, aeesuisse, svu/asep und Powerloop schlagen anstatt des neu vorgeschlagenen Art. 9a Abs. 3 Bst. f VE-VPeA (Die Erhöhung der Betriebsspannung auf maximal 220 kV) die Aufnahme des folgenden Tatbestandes vor: Spannungserhöhungen, wenn die Leitung bereits für die erhöhte Spannung bewilligt, jedoch nicht mit dieser betrieben wurde.

Die ElCom erachtet eine Begrenzung der Ausnahme auf Spannungserhöhungen bis maximal 220 kV als unnötig.

2.5.3 Ersatz einzelner Masten ausserhalb von Objekten nach Art. 5 NHG durch Masten ähnlicher Dimensionierung (Art. 9a Abs. 3 Bst. g VE-VPeA)

Swissgrid, VSE, EWZ, Axpo, CKW, Regiogrid, Swisspower, Hitachi Energy, Powerloop, DSV, Alpiq beantragen eine Verschiebung der Bestimmung von Art. 9a Abs. 3 VE-VPeA in den Absatz 2 und folglich die Streichung von Art. 9a Abs. 3 Bst. g VE-VPeA.

VD, LU, UR, OW, FR, AI, SG, JU, NE, VS, SO, ZH, ZG, GE, NE, GL, GR, BL, EnDK, BPUK, BirdLife Schweiz, SL, Pro Natura fordern die Aufnahme von weiteren Schutzgebieten in Art. 9a Abs. 3 Bst. g VE-VPeA, wie Moore und Moorlandschaften nach Art. 78 Abs. 5 BV, Biotop von nationaler Bedeutung nach Art. 18a NHG sowie eidgenössische Jagdbanngebiete und Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung nach Art. 11 des Jagdgesetzes.

2.5.4 Weitere Ergänzungen von Art. 9a VE-VPeA

BE, economiesuisse, VSE, BKW, EWZ, Axpo, Alpiq, DSV, CKW, Regiogrid, Swisspower, Hitachi Energy, aeesuisse und Powerloop beantragen eine Ergänzung von Art. 9a Abs. 3 lit. c VPeA. Es soll festgehalten werden, dass insbesondere der Umbau auf Doppelketten oder Isoliertraversen, die Verwendung von Isolatoren anderer Farbgebung und Materialien als nicht wesentliche Veränderung des Erscheinungsbildes angesehen werden.

Mehrere Akteure verlangen eine Neuformulierung von Art. 9a Abs. 3 lit. d: Der Ersatz von Kabeln in bestehenden Rohranlagen, sofern die Rohrbelegung nicht verändert wird (BE, economiesuisse, VSE, Axpo, CKW, DSV, BKW, Alpiq, Regiogrid, Swisspower, Hitachi Energy, Powerloop und aeesuisse). Dieselben Akteure fordern weiter eine Neuformulierung von Art. 9a Abs. 3 lit. e: Der Ersatz von Transformatoren in bestehenden Stationen durch Transformatoren auch eines anderen Typs und/oder mit anderer Leistung; der Ersatz durch Transformatoren mit regelbarem Übersetzungsverhältnis (RonT) und der Ersatz durch Transformatoren mit strahlungsoptimiertem Design (NIS-Trafos). Zudem wird ein

Art. 9a Abs. 3 lit. c^{bis} vorgeschlagen: Umbauten an Tragwerken und angebauten Teilen, sofern die Dimensionen des Tragwerkes dadurch nicht grösser werden, d. h. das Tragwerk nicht höher und breiter wird (Toleranz 1 m).

BE, economiesuisse, BKW und aaesuisse beantragen ferner einen neuen Art. 9a Abs. 3 lit. h: Änderung von Seilaufhängepunkten im Bereich von +/-20 cm.

2.6. Weitere Forderungen

2.6.1 Einbezug der Fachbehörden (Vereinfachtes Verfahren)

Die Geltung der heute bestehenden Regelung von Artikel 9c VPpA, wonach die Genehmigungsbehörde unter bestimmten Voraussetzungen auf eine Anhörung der Fachbehörden des Bundes verzichten kann, sollte neu auf Anlagen mit einer Nennspannung von bis zu 150 kV ausgedehnt werden (economiesuisse, VSE, BKW, EWZ, CKW, Regiogrid, Hitachi Energy, DSV, Alpiq und Powerloop, DSV).

2.6.2 Nachträgliche Genehmigung

BE, BL, SH, SVP, economiesuisse, SGV, VSE, BKW, EWZ, Axpo, Alpiq, CKW, DSV, Regiogrid, Swisspower, Hitachi Energy, AEE Suisse, CP, und Powerloop fordern eine Ausweitung der heute gestützt auf Artikel 1 Absatz 2 VPpA für das Niederspannungsverteilnetz geltenden nachträglichen Plangenehmigung auf Anlagen bis zur Mittelspannungsebene (bis 36 kV).

2.6.3 Bereitstellung von Informationen zu Schutzgebieten

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende (BE, BL, SVP, economiesuisse, VSE, BKW, Axpo, CKW, DSV, Regiogrid, Swisspower, Hitachi Energy, AEE Suisse, Alpiq und Powerloop) beantragen eine Grundlage in der VPpA, nach welcher die betroffenen Stellen von Bund und Kantonen den Netzbetreibern die Informationen zu den Schutzgebieten nach eidgenössischem und kantonalem Recht nach Art. 1 Abs. 2 in digitaler Form möglichst zentral zur Verfügung zu stellen haben.

2.6.4 Kompetenzen und Aufgaben des ESTI

Gemäss einer weiteren Forderung soll das ESTI auf Antrag der Gesuchstellerin Teilgenehmigungen fällen müssen. Die heute bestehende Voraussetzung, wonach dadurch der Gesamtentscheid nicht präjudiziert werden darf, soll dabei gestrichen werden (SGV, VSE, Axpo, CKW, Regiogrid, Hitachi Energy, Powerloop, DSV, Alpiq und CP). Zudem wird gefordert, dass explizit in der Verordnung verankert wird, dass ESTI den Gesuchstellern bei der Erstellung sowie bei der Anpassung der Gesuchsunterlagen Unterstützung und Beratung anbietet (SVP, economiesuisse, VSE, BKW, Axpo, CKW, Regiogrid, DSV, Alpiq, Swisspower, Hitachi Energy, AEE Suisse und Powerloop).

2.6.5 Mitwirkung mitinteressierter Verwaltungseinheiten

VSE, BKW, CKW, Regiogrid, DSV, Alpiq, Swisspower, Hitachi Energy, AEE Suisse und Powerloop schlagen vor, dass die Leitbehörde ohne fristgerechte Stellungnahme der Fachämter ohne deren fachliche Beurteilung entscheiden soll.

3. Abkürzungsverzeichnis

AG	Kanton Aargau
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
BE	Kanton Bern
BFE	Bundesamt für Energie
BKW	BKW Energie AG
BL	Kanton Basel-Landschaft

BPUK	Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz
BS	Kanton Basel-Stadt
CKW	Centralschweizerische Kraftwerke AG
CP	Centre Patronal
DSV	Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber
EICom	Eidgenössische Elektrizitätskommission
EnDK	Konferenz kantonalen Energiedirektoren
ESTI	Eidgenössisches Starkstrominspektorat
EWZ	Elektrizitätswerk der Stadt Zürich
FDP	FDP. Die Liberalen
FER	Fédération des Entreprises Romandes
FR	Kanton Freiburg
FRS	strasseschweiz, Verband des Strassenverkehrs
GE	Kanton Genf
GL	Kanton Glarus
GPS	Grüne Partei Schweiz
GR	Kanton Graubünden
JU	Kanton Jura
LU	Kanton Luzern
NE	Kanton Neuenburg
NHG	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz
NW	Kanton Nidwalden
OW	Kanton Obwalden
RKGK	Regierungskonferenz der Gebirgskantone
SG	Kanton St. Gallen
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SH	Kanton Schaffhausen
SL	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
SO	Kanton Solothurn
SR	Systematische Rechtssammlung
SVP	Schweizerische Volkspartei
Svu/asep	Schweizerischer Verband der Umweltfachleute
TG	Kanton Thurgau
TI	Kanton Tessin
UR	Kanton Uri
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
VD	Kanton Waadt
VS	Kanton Wallis
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich

4. Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

Kantone

Kanton Aargau (AG)
Kanton Appenzell Ausserrhoden (AR)
Kanton Appenzell Innerrhoden (AI)
Kanton Basel-Landschaft (BL)
Kanton Basel-Stadt (BS)
Kanton Bern (BE)
Kanton Freiburg (FR)

Kanton Genf (GE)
Kanton Glarus (GL)
Kanton Graubünden (GR)
Kanton Jura (JU)
Kanton Luzern (LU)
Kanton Neuenburg (NE)
Kanton Nidwalden (NW)
Kanton Obwalden (OW)
Kanton Schaffhausen (SH)
Kanton Solothurn (SO)
Kanton St. Gallen (SG)
Kanton Tessin (TI)
Kanton Thurgau (TG)
Kanton Uri (UR)
Kanton Waadt (VD)
Kanton Wallis (VS)
Kanton Zug (ZG)
Kanton Zürich (ZH)

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

FDP. Die Liberalen (FDP)
Grüne Partei der Schweiz (GPS)
Schweizerische Volkspartei (SVP)

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

economiesuisse
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)

Kantonale Konferenzen

Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) und Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-
Konferenz (BPUK)
Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK)

Ausserparlamentarische Kommissionen

Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom)
Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD)
Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK)

Elektrizitätswirtschaft

Alpiq Holding AG
Axpo Services AG
BKW Energie AG
Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW)
Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV)
ewz
Groupe E
Hitachi- EnergyAG.
Regiogrid (Verband kantonaler und regionaler Energieversorger)
Swissgrid AG
Swisspower AG
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)

Industrie und Dienstleistungswirtschaft

Centre Patronal

Fédération des Entreprises Romandes
Scienceindustries
Swissmem

Verkehrsbereich

auto-schweiz
strasseschweiz

Umwelt- und Landschaftsschutzorganisationen

BirdLife Schweiz
Pro Natura
Schweizer Verband der Umweltfachleute (svu asef)
Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (sl fp)
WaldSchweiz

Organisationen der Bereiche Cleantech, erneuerbare Energien und Energieeffizienz

aeesuisse - Dachverband der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz
Powerloop Schweizer Fachverband

Total: 60